



Spielerischer Umgang mit einem Militäreinsatz in Mali

Sheriff sucht Hilfssheriff

Frankreich Für die Präsenz in der Sahelzone ist mehr deutscher Beistand erwünscht

■ Hans-Georg Ehrhart

Auf der Sicherheitskonferenz in München hat Präsident Macron erklärt, er verstehe, wenn die USA nicht mehr „Sheriff für die Nachbarschaft Europas“ sein wollten. Folglich müsse das vereinte Europa für sich selbst sorgen und zu einer eigenen strategischen Kultur finden. Etwa in der Sahelzone. Frankreich hat dort als Ex-Kolonialmacht den Part eines Sheriffs seit Langem übernommen und seine Präsenz im Januar noch einmal um 600 Soldaten auf eine Truppenstärke von über 5.000 erhöht. Da der Einsatz zermürbend, verlustreich, unpopulär und teuer ist, drängt Paris auf Beistand. Vor allem deutsche Spezialkräfte sollten in die Region geschickt und Teil der aus EU-Staaten gebildeten „Operation Takuba“ gegen die Macht terroristischer Netzwerke werden.

Autoritär geprägte Staaten

Warum, so fragt man sich, hat Paris bereits zweimal um derartige Unterstützung gebeten, obwohl davon auszugehen war, dass Berlin schon aus verfassungsrechtlichen Gründen ablehnen wird? Schließlich darf die Bundeswehr, die in der bewussten Gegend bereits mit 1.300 Mann an einer UN- und einer EU-Mission beteiligt ist, nur im Rahmen einer kollektiven Sicherheitsorganisation disloziert werden. Was also verspricht sich die französische Regierung von ihren mit Nachdruck unterbreiteten Ersuchen? Auf zwei Effekte scheint man bedacht: Nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU präsentiert sich Frankreich als maßgebliche Militärmacht Europas. Noch wichtiger scheint allerdings die erhoffte „pädagogische Wirkung“ zu sein, die Bundesregierung mittel- oder langfristig auf eine Verhaltensänderung einzuschwören. Läuft es optimal, wäre Deutschland für eine Interventionspolitik an der Seite Frankreichs gewonnen. Solange das nicht der Fall ist, verlangt Paris zumindest mehr Bereitschaft, anderweitig zu helfen, vor allem eine vorteilhaftere Lastenverteilung abzugewinnen.

Wie die 2012 gestartete „Operation Serval“ in Mali belegt, war man mit diesem Ansinnen durchaus erfolgreich. Das gilt freilich allein für den Lastenausgleich, kaum für die Lösung der politischen Kon-

flikte vor Ort. Was vorrangig damit zu tun hat, dass Frankreich im westlichen Sahel primär einer sicherheitspolitischen Handlungslogik folgt. Zwar sind humanitäre und ökonomische Beweggründe nicht vollends ohne Belang, genießen aber mitnichten ein Primat wie militärische Maßnahmen.

In der Region stößt das bei den Regierungen Malis, Nigers oder Mauretaniens auf wenig Gegenliebe. So ist denn auch die Finanzierung der von Paris vorangetriebenen Eingreiftruppe aus fünf Staaten des Sahel nicht gesichert. Da den betreffenden Ländern dafür schlichtweg die Ressourcen fehlen, bedürfte es – über Frankreich hinaus – eines internationalen Engagements. Es kommt hinzu, dass die nationalen Armeen über höchst unterschiedliche Fähigkeiten verfügen. Die Streitkräfte von Burkina Faso, Niger und Mali kommen als Kombattanten nicht ernsthaft in Frage. Allein das Militär im Tschad und in Mauretanien ist besser aufgestellt, steht aber nicht im Konfliktzentrum, eben dort, wo die Organisationen Al-Qaida des Islamischen Maghreb und Ansar Dine („Unterstützer des Glaubens“) ihr Aktionsfeld haben.

Bei Mali, Niger, Mauretanien, Burkina Faso und dem Tschad handelt es sich überdies um von autoritären Strukturen geprägte, neopatrimoniale Staaten. Das heißt, staatliche Institutionen dienen primär der Versorgung einer eigenen Klientel und steter Machtsicherung, nicht dem Gemeinwohl. Die Regierenden zeigen wenig Neigung, ihre Privilegien durch Reformen zu gefährden. Umso mehr gilt, dass nachhaltiger Wandel nur aus einer dieser Gesellschaften selbst kommen kann. Dabei sind überwindende Hindernisse sind beträchtlich, weil endemisch und strukturell bedingt. Die vier entscheidenden Herausforderungen – Korruption, Ausbeutung, Klientelpolitik und transnationale kriminelle Netzwerke – kennen weder ethnische noch geografische Grenzen.

Diese Mission ist teuer, wenig populär, verlustreich und sehr zermürbend

Es ist nachvollziehbar, dass sich Frankreich dem auf Dauer nicht allein stellen will, doch ist mit mehr internationalem Commitment kaum zu rechnen. So wollen die USA ihre Spezialkräfte in der Region weiter reduzieren. Dadurch würden die Lasten für das französische Expeditionskorps wachsen. Zugleich sind die afrikanischen Partner derart schwach, dass Paris seine Militärbasen für absolut notwendig erachtet, weil ein Eingreifen von Europa aus viel teurer käme. Noch ein Umstand, der eine militärisch gestützte Interventionspolitik zu bestätigen scheint.

Nur was soll sie ausrichten, wenn die Kollision mit Langzeitrends in Nordafrika programmiert ist. Dazu zählen ein rapides Bevölkerungswachstum, die extreme Armut, zu wenig Arbeitsmöglichkeiten, mangelnde Produktivität, die ausbleibende Förderung von Humankapital, die hohe Verwundbarkeit einer maroden Infrastruktur, interne, oft ethnische Konflikte. Folglich ist anzunehmen, dass sich an der französischen Politik im westlichen Sahel so schnell nichts ändert. Vielleicht sind in Mali oder Niger kurzfristig taktische Stabilitätsfolge denkbar. Auf lange Sicht jedoch bleibt ein militärlastiger, letztlich die etablierten Regimes stabilisierender Ansatz zum Scheitern verurteilt.

Subsahara-Selbstbestimmung

Für die deutsche Afrikapolitik heißt das, sich nicht als Hilfssheriff der Franzosen zu verdingen, sondern ein nachhaltiges Entwicklungskonzept für die subsaharische Region zu verfolgen und so viel wie möglich davon in die Afrikapolitik der EU einzubringen. Priorität sollte die menschliche Sicherheit der lokalen Bevölkerung haben. Desgleichen der Grundsatz, dass ein gravierender Wandel zuerst von ihr selbst als dem letztlich wichtigsten Stakeholder kommen muss. Die dabei in Aussicht stehenden politischen Ordnungen werden nicht dem westlichen Staatsmodell entsprechen, sondern einen besonderen hybriden Charakter haben, den es anzuerkennen gilt.

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg. Mit Michael Staack hat er 2019 das Buch *Sicherheits- und Friedensordnungen in Afrika. Nationale und regionale Herausforderungen* herausgegeben.

Yoga im Gümnaasium

Estland Ich sah Europas bestes Schulwesen: Fleißig entspannten die Schüler, der Direktor wartet auf Ablösung

■ Martin Leidenfrost

Nach Jahren steten Aufstiegs gelang Estland im jüngsten Pisa-Test die Sensation: Estnische Schüler wurden zu den besten Europas erklärt. Sie erreichten in allen Kategorien den 1. Platz – in Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften. Das Erstaunliche daran: Das hat ein schlanker Staat geschafft, der wegen schlechter Bezahlung zu wenig Lehrer findet und 30 Prozent weniger für Bildung ausgibt als die meisten EU-Staaten.

Das Pisa-Wunder zwang mich, erstmals nach Estland zu fahren. Vorher hatte die Lust gefehlt, die aggressive De-Russifizierung stieß mich ab, und die digitale Revolution zog mich nicht an. Zuletzt verlor „Estonia“ trotz aller Modernität eine Viertelmillion Einwohner. Nur noch 1,3 Millionen sind übrig. Ich war ange- tan, dass mir das bis in die Ohrenspitzen motivierte Bildungsministerium eine Schule in einem russischen Plattenbauviertel von Tallinn empfahl, in Mustamäe. Die Schule hatte am Pisa-Test teilgenommen. Sie hieß zwar „Saksa Gümnaasium“ (Deutsches Gymnasium) war aber bis zur 6. Klasse eine gewöhnliche estnischsprachige Grundschule, nur gut 200 der 930 Schüler besuchten den deutschen Zweig. Die Schule war verpflichtet, je zwei bis drei Klassen allein mit Kindern aus dem Viertel zu füllen. Nur die Schüler einer Klasse durfte sie sich aussuchen.

Der Direktor war ein entspannt geschnieelter Diplomatensohn, Kaarel Rundu (35). Wie für die baltischen Eliten typisch, wurde er schon mit 30 Direktor. Auch das mir vorgestellte Lehrpersonal war jung: Grundschullehrerin Maive Merulova erklärte den Erfolg beim Pisa-Test auch damit, dass der „am Computer abgehalten wird, das war eine Hilfe“. Als Erfolgsfaktoren wurden noch angeführt: die intensive Vorschulbildung (Kinder von anderthalb bis sieben Jahren haben Anspruch auf einen Kita-Platz) und ein weitgehender Konsens über Bildungspolitik.

Direktor Rundu hatte auf alles eine Antwort, nur nicht auf die Frage nach dem Anteil russischsprachiger Schüler, „darüber führen wir keine Statistiken“. Er sagte, es freue ihn, wenn seine sieben bis

17 Jahre alten Schüler „ihr Potenzial ausschöpfen“. – „Auch wenn sie fürs Klima streiken?“ – „Ja, das ist Bürgerkompetenz.“ Nur die Klassen zehn bis zwölf wurden „Gümnaasium“ genannt, in diesen drei Jahren müssen 96 Wahlfächer und Kurse absolviert werden, zum Beispiel: 3-D-Drucken, Architektur, Latein, kreatives Schreiben, Chorsingen, Yoga, Selbstverteidigung in einem Knast.

Ich fragte Rundu, ob die glänzenden Leistungen mit dem estnischen E-Lernen zusammenhängen. Für die Klassen eins bis neun war „fast das ganze Lehrmaterial“ digitalisiert, doch reagierte Rundu reserviert: „Dieser Hype... ich warte auf die Zeit, dass es den Schulleiter als Artificial Intelligence gibt.“ – „Dann züchte ich Bienen.“ Pisa sei eine wichtige Ermutigung für die Lehrenden gewesen. „Wir haben im EU-Durchschnitt die ältesten Lehrer. Die Digitalisierung hilft ihnen, bereit zu sein für ein lebenslanges Lernen.“

Rundus Schule war frisch umgebaut, mit zwei aufgesetzten Etagen oben und herausgerissenen Sowjet-Klassenräumen unten, „um möglichst viel offen aufklappbaren Lernraum zu haben“. Ich sah, dass eine Mathestunde mit geschlossenem Aufstehen und Grüßen begann und dass eine Gruppe kleiner Kinder auf eine „Rekreatioasoase“ mit Sitzkissen und vielen Steckdosen zustrebte. Am Ende des Gangs, hinter einer luftig mobilen Trennwand, hielt ein deutscher Schüler ein Referat. Er beklagte, dass „Abgeordnete zu 100 Prozent frei sind, niemand kann sie kontrollieren“, und stellte dem eine „liquide Demokratie“ gegenüber, in welcher „der Bürger den Politiker umgehen kann“. Für den Rest des Vormittags sah ich ausschließlich alte, ja, sehr alte Lehrerinnen bei der Arbeit, ohne jeden Zweifel in der Sowjetunion sozialisiert – Pisa war auch ihr Erfolg.

Am Ende ging ich noch durch die russische Plattenbausiedlung. Wie im ganzen Land gab es keine russischen Aufschriften, schräg gegenüber war noch ein Kindergarten verblieben. Im Supermarkt von Mustamäe endete das digitale Wunder: Die russischen Kunden boykottierten die Selbstscanner-Kassen und standen in langen Schlangen an. Nur um den Einkauf bei einem lebendigen Menschen zu bezahlen.



ANZEIGE

Nur
€ 0,90
pro Woche
(jederzeit beendbar)

der Freitag digital

Upgrade für Printabonnenten

- Bereits am Mittwochabend verfügbar
- Zusätzliche Inhalte (z. B. „Augstein & Blome“)
- Optimiert für PC/Mac, Smartphone, Tablet
- Offline lesen – per PDF Download
- gesamtes Archiv vom Freitag digital abrufbar

Jetzt bestellen per:

E-Mail service@abo.freitag.de

Telefon **040 3007-3510**

freitag.de/upgrade

der Freitag
Die Wochenzeitung